

Am 01.03.05 berichtete die Fachberaterin für elementare Bildung im GB V dem Bildungsausschuss über den Arbeitsstand der Umsetzung des RdErl.

Ich frage die Verwaltung:

Wie ist der Arbeitsstand der Umsetzung aus heutiger Sicht?

Wie ist es gelungen "Erziehungspartnerschaften" unter Einbeziehung der Eltern zu entwickeln?

Wie sind die vor einem Jahr noch offenen Handlungsspielräume (z. B. Ort der Begutachtung von Entwicklungsständen) entschieden?

Welche positiven Effekte bzw. besonderen Probleme gibt es aus heutiger Sicht beim Übergang vom Elementarbereich zur Primarstufe speziell mit Bezug auf kommunalpolitische Zuständigkeiten?

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Seit dem Erlass des Kultusministeriums wird in der Stadt Halle intensiv an der Qualifizierung des Übergangsprozesses von der Kindertagesstätte zur Schule gearbeitet.

Die vor einem Jahr erfolgte Fachtagung, an der der Kinder- und Jugendärztliche Dienst, die ASD Bezirksgruppen, alle Kindertagesstätten und Grundschulen teilgenommen haben, hat verschiedene Ansätze und Projekte in der Zusammenarbeit auf den Weg gebracht. Es gibt erste Kooperationsbeziehungen zwischen Einrichtungen und Schulen sowie sozialraum- und stadtteilbezogene Arbeitsgemeinschaften, die den Übergangsprozess koordinieren und begleiten. So nehmen Lehrer die Möglichkeit des Kennenlernens ihrer künftigen Grundschüler vor Ort in den einzelnen Kitas wahr. Teilweise finden auch Kontakte in der Schule bzw. im Hort statt. Lehrer und Horterzieher nehmen an Veranstaltungen der Kitas teil. In die intensive Zusammenarbeit zwischen Kitas und Schulen/Horten werden die Eltern verstärkt mit einbezogen.

Durch den Runderlass des Kultusministeriums zur Aufnahme in die Grundschule hat sich im letzten Jahr die Zahl der vom Kinder- und Jugendärztlichen Dienst (KJGD) vorgenommenen Einschulungsuntersuchungen verdoppelt, es wurden ca. 2.900 Kinder untersucht. Die hierbei erkannten Förderbedarfe wurden den Einrichtungen und Schulen schriftlich mitgeteilt. Durch die frühzeitige Erkennung dieser Förderbedarfe und die enge Zusammenarbeit zwischen dem KJGD mit den Kitas und den Schulen konnte verstärkt eine zeitnahe individuelle Förderung der Kinder erreicht werden. In diesen Prozess werden auch niedergelassene Kinderärzte, Psychologen und Logopäden eingebunden.

Weiterhin wurde der Prozess durch die Maßnahme „Übergänge Kita/Grundschule gestalten“ der WISEG unterstützt. Dabei kamen 30 ältere Mitarbeiter (Ü 50-Programm/Arbeitsgelegenheiten gemäß SGB II) in den Kitas zum Einsatz.

zu 2.

Der Aufbau von „Erziehungspartnerschaften“ ist ein langwieriger intensiver Prozess. Hier gibt es sozialraum- bzw. stadtteilbezogen erste gute Entwicklungen. Viele Einrichtungen bemühen sich

um eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern. Thematische Elterngespräche, Elterncafés und Elternstammtische werden dazu genutzt, aber auch Einzelgespräche und Workshops. Durch die enge Zusammenarbeit von Kita und Schule sowie die Nutzung von Sozialraumressourcen wie Angebote der Familienbildung, den ASD oder Erziehungsberatungsstellen erhalten die Eltern frühzeitig individuelle Unterstützung in der Stärkung ihrer elterlichen Kompetenzen.

zu 3.

Die Orte der Entwicklungseinschätzung der Kinder werden individuell gehandhabt. Die Schulen nehmen die Gelegenheit wahr, in die Kindereinrichtungen zu kommen, um die Kinder in ihrem gewohnten Gruppenalltag und sozialem Umfeld zu erleben und kennen zu lernen. Die Einschätzung des Entwicklungsstandes aus amtsärztlicher Sicht wird vorwiegend in den Räumen des KJGD vorgenommen. Es gibt aber auch gemeinsame Beobachtungen/Einschätzungen von KJGD und Schule mit und in einzelnen Kitas.

zu 4.

Mit der von der Stadt initiierten Fachtagung im letzten Jahr ist ein positiver Prozess des konstruktiven Miteinanders der Institutionen begonnen worden.

Dort, wo die Zusammenarbeit schon einen guten Stand erreicht hat, ist es besser und zeitnaher möglich, Förderbedarfe zu erkennen und darauf mit individuellen Angeboten einzugehen. Dies gelingt besonders in den Stadtteilen, in denen Kita und Schule einen gemeinsamen Einzugsbereich haben. Demgegenüber gibt es noch Schwierigkeiten beim Auf- und Ausbau von geeigneten Kooperationsstrukturen, wo die Einzugsbereiche nicht identisch sind, wie es z. B. häufig bei den Einrichtungen in der Innenstadt der Fall ist. Dort kommt es nicht selten vor, dass eine Grundschule mit mehr als 10 Kitas versucht, zu kooperieren, da die künftigen Schüler auf viele Einrichtungen verteilt sind.

Problematisch sind des Weiteren die unterschiedlichen arbeitszeitlichen Möglichkeiten von Mitarbeiterinnen der Kitas und den Lehrern der Grundschulen in der Gestaltung dieses Prozesses. So erhalten die für die Kooperation zuständigen Lehrer dafür zusätzliche Stunden, dies trifft nicht für die Erzieherinnen in den Einrichtungen zu.

Eine umfassende und detaillierte qualitative Einschätzung wird nach der Fachtagung im Frühjahr erfolgen, wo eine Evaluierung des Erreichten erfolgen soll. Es wird angestrebt, dass die Grundschulen und Kitas feste Kontakte bilden, so dass eine Grundschule künftig nicht mit mehr als 4 Kindereinrichtungen kooperieren muss. Wichtig bleibt weiterhin, dass die Professionen sich ergänzen, also die Lehrerin ihre Kompetenz in den Kitas und umgekehrt einbringt, wenn es darum geht, Kindern den Weg in die Schule zu erleichtern.

Szabados
Bürgermeisterin